

Was europäische Staaten in der Corona-Krise unternehmen

Kurzinformationen zu ausgewählten Staaten – Stand 14. Mai 2020



Die Corona-Krise hat enorme wirtschaftliche Auswirkungen. Für zehn europäische Länder verschafft dieses Briefing einen aktuellen Überblick über folgende Themen:


- ▶ die Entwicklung der epidemischen Lage im jeweiligen Land, die Einfluss auf eine Lockerung der bestehenden Maßnahmen hat,
- ▶ die bestehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens und die nationalen Diskussionen über anstehende Lockerungen,
- ▶ die erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf das Wirtschaftswachstum, die Staatsfinanzen, die Beschäftigung und die betroffenen Wirtschaftssektoren,
- ▶ die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen und aktuellen Entwicklungen im jeweiligen Land.

Das Briefing wird erstellt für Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Rumänien, die Schweiz, Spanien und das Vereinigte Königreich.

Das nächste cepBriefing zur Corona-Krise erscheint am 28. Mai 2020.

Inhaltsverzeichnis

Belgien	3
Deutschland.....	5
Frankreich.....	7
Italien.....	9
Niederlande	11
Österreich.....	13
Rumänien	15
Schweiz.....	17
Spanien.....	20
Vereinigtes Königreich (UK).....	21

BELGIEN		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	
Lagebericht Gesundheit 8. –14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt: Massiver Rückgang der Infektionswelle. Anzahl neuer Fälle, Krankenhausaufnahmen und Tote auf niedrigstem Niveau seit Anfang April. • Peak der Todesfälle war Mitte April. Zahl sinkt 4. Woche in Folge, nun um 20% gegenüber Vorwoche. • Sterbefälle pro 100.000 Einwohner: 75 (Vorwoche: 73). Damit höher als in Spanien (55) und Italien (51). • 51% der statistisch erfassten COVID-19-Toten wohnten in Pflegeheimen. Aber darunter viele nur vermutete Fälle: Nur 23% der als COVID-19 erfassten Todesfälle in Pflegeheimen wurden positiv getestet, 77% nicht. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle nach 4 Wochen Rückgang in Folge nun stabil. • Seit dem 15. April: Systematische Tests in Pflegeheimen. Dort: 3% der Tests positiv, stark fallende Tendenz. • Krankenhausaufnahmen sinken 5. Woche in Folge, gegenüber Vorwoche um 28%. • Auslastung der Intensivbetten sinkt 4. Woche in Folge, auf 21% (Vorwoche 30%). • Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?) steigt leicht seit den jüngsten Lockerungen, derzeit bei 0,8. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8. –14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 4. Mai: Industrieproduktion zulässig; mit Maske, falls Sicherheitsabstand nicht möglich. Alltagsmasken: Pflicht im ÖPNV, empfohlen im öffentlichen Raum. • Seit 11. Mai: Alle Geschäfte – unabhängig von der Größe – wieder geöffnet. Mind. 10 qm pro Kunde, max. 30 Minuten. Einkaufen immer nur durch eine Person. Kontaktberufe wie Frisöre bleiben untersagt. Jede Familie darf Besuch von vier vorher festgelegten Personen empfangen. Tagesausflüge weiterhin nicht erlaubt. • Ab 18. Mai: Schrittweise Öffnung von Grundschulen und weiterführenden Schulen. Kindergärten bleiben geschlossen. Museen und Bibliotheken wieder geöffnet. Kontaktberufe wie Frisöre unter Auflagen (Maske für alle) wieder erlaubt. Märkte erlaubt, Maskenpflicht nur für Verkäufer. Hochzeiten und Beerdigungen mit max. 30 Gästen erlaubt, bei Mindestabstand. Sporttraining im Freien erlaubt mit max. 20 Personen, bei Mindestabstand. • Frühestens ab 8. Juni: Öffnung Gastgewerbe; Reisen ins Ausland. • Frühestens ab 30. Juni: Kultur- und Sportveranstaltungen, Jugendfreizeiten (relevant für die Kinderbetreuung in den Ferienmonaten Juli und August). 			
Wirtschaftliche Lage 8. –14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Vorläufige Zahlen des Statistikamtes: Industrieproduktion im März: -5,5% ggü. Februar. Rückgang deutlich geringer als für die Eurozone (-11,3%). Grund: Wachstum der Produktion der in Belgien überproportional großen Pharmaindustrie um 11,7%. • Umfrage unter flämischen Unternehmen: 25% gehen bei erneutem Lockdown in die Insolvenz. • Brussels Airlines (100% Tochter der Lufthansa) reduziert Flotte um 30% und entlässt 25% der Mitarbeiter. • 900.000 Arbeitnehmer= 30% in der Privatwirtschaft in Kurzarbeit (Stand Ende März). • Wöchentliche Umfrage der Zentralbank unter 7.000 Unternehmen (in Klammern: Vorwochen): <ul style="list-style-type: none"> • 29% der Unternehmen: Liquidität nur für drei Monate gesichert (Vorwochen ca. 37%) • Gesamtumsatz der Unternehmen fällt um 29% (32%, 33%, 34%, 37%, 33%) • 7% der Unternehmen erwarten Insolvenz (Vorwochen: 9%). Im Sektor Kunst und Entspannung: 28%. • Bei Ende der Kurzarbeit im Juni: 20% der Kurzarbeiter werden entlassen (180.000 Arbeitnehmer), das sind 6% aller Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft. Hinzu kommen Insolvenzen bei den 825.000 Selbständigen. • Zentralbank befürchtet strukturellen Schaden für die Wirtschaftsstruktur. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfsprogramm der föderalen Regierung i.H.v. ca. 57 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • “Bazooka“-Paket der föderalen Regierung (50 Mrd. €) <ul style="list-style-type: none"> • Kostenlose Stundung von Kreditraten für Unternehmen und Privatpersonen bis Ende September • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Paket der föderalen Regierung i.H.v. ca. 7 Mrd. €, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> • Kurzarbeit ohne Nachweis wirtschaftlicher Nöte; Lohnfortzahlung 70% (statt bisher 65%). Kurzarbeit wird automatisch bis Ende Mai verlängert. 		


	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommensersatz für Selbständige • Stundung von Mehrwertsteuer- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli, von Körperschafts- und Einkommenssteuer (bis Ende Mai) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) • Staatliche Rückversicherung für Forderungsausfallversicherungen zur Absicherung von Lieferantenkrediten. • Hilfsprogramme der Regionalregierungen: Zuschüsse an Unternehmen und Selbständige, die ihre Geschäfte schließen mussten, Garantien für Überbrückungskredite. Flämische Regierung stellt 250 Mio. € bereit für Kredite an Unternehmen i.H.v. bis zu 800.000 €, Laufzeit bis zu drei Jahre (föderale Hilfe: 1 Jahr). 950 Unternehmen stellen Anfrage.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • In kritischen Sektoren Erhöhung der zulässigen Überstunden auf 220 jährlich. • Einfacherer Einsatz von Studenten und Kurzarbeitern als Saisonarbeiter. • Gesetz über digitale Vollmachtserteilungen an Notare, etwa für den (Ver)Kauf einer Immobilie. • Gesetzesänderung verhindert, dass Unternehmen die Kurzarbeiterregelung nutzen können, um Arbeitnehmer zu geringeren Kosten zu entlassen. • Ausweitung der bezahlten Arbeitszeitreduzierung zur Betreuung von Kindern bis 12 Jahren bis Ende Juni. Einverständnis des Arbeitgebers notwendig.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Große Arbeitgeberverbände warnen: Erneuten Lockdown unbedingt vermeiden, besser: zielgerichtete und lokale Maßnahmen. • 75% der Unternehmen unterstützen das bisherige Krisenmanagement, inkl. Schließungen. Gegner v.a. bei Gastgewerbe und Veranstaltern. • Flämische Regierung will tausende private Sommerschulen subventionieren, um den Lernrückstand aufzuholen: 25 € pro Kind pro Tag, Teilnahme gratis. • Bis 17. Juni dürfen Gerichtsvollzieher Immobilien und Lohneinkünfte nicht beschlagnahmen. • Schleppende Verhandlungen: Brussels Airlines (100% Tochter der Lufthansa) beantragt 290 Mio. € Staatshilfe. Die belgische Regierung verlangt dafür Investitions Garantien der Lufthansa in die Fluggesellschaft und in den Brüsseler Flughafen. Belgische Regierung kritisiert Unklarheit über den Stand der Verhandlungen zwischen Lufthansa und der deutschen Bundesregierung. • Sozialistische Parteien schlagen Prämien vor: 750€ für Pflegepersonal und 200€ für alle Sozialhilfeempfänger. • Saisonschlussverkauf per Gesetz verschoben auf 1. August. • Sozialämter der Großstädte: massiver Anstieg der Anträge auf Sozialhilfe.

DEUTSCHLAND		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Matthias Kullas	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle nimmt gegenüber Vorwoche um 12% ab. • Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?): 0,81. • Anteil der in Krankenhäusern behandelten COVID-19-Erkrankten: 18%. • Die Auslastung der Intensivbetten liegt bei 62% (Vorwoche: 62%), keine Engpässe prognostiziert. • Anstieg der Todesfälle von 4,3% der jemals Infizierten auf 4,5%. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 23. April: Schrittweise Öffnung von Schulen (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). Jeder Schüler soll noch vor den Sommerferien tage- oder wochenweise an Präsenzunterricht teilnehmen. • Seit 27. April: Pflicht zum Tragen von Alltagsmasken in Geschäften und im öffentlichen Personennahverkehr. • Seit 4. Mai: Friseure dürfen öffnen (in einzelnen Bundesländern auch andere Körperpflegebetriebe, etwa Kosmetikstudios oder Massagepraxen). • Seit 4. Mai: Alle Einzelhandelsgeschäfte dürfen unter Auflagen öffnen. • Seit 9. Mai: Schrittweise Öffnung von Gaststätten und Hotels (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). • Bis mindestens 5. Juni: Kontaktbeschränkungen (Ausgestaltung variiert zwischen den Bundesländern). • Bis mindestens 14. Juni: Weltweite Reisewarnung. • Bis mindestens 31. August: Großveranstaltungen verboten (Definition von Großveranstaltungen variiert zwischen den Bundesländern). • Landkreise und kreisfreie Städte mit mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern innerhalb der letzten sieben Tage müssen sofort zusätzliche Beschränkungen einführen. 			
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Industrieproduktion im März: -11,6% ggü. Februar. • Exporte im März: -11,8% ggü. Februar. • Rückgang der Steuereinnahmen 2020: 84,6 Mrd. €, Bund: 44,6 Mrd. €; Länder: 27,3 Mrd. € und Gemeinden: 12,7 Mrd. € (Prognose). • Gesetzliche Krankenkassen: COVID-19-bedingter Zusatzbedarf 2020: 14 Mrd. € (Prognose). • Gesetzliche Arbeitslosenversicherung: COVID-19-bedingter Zusatzbedarf 2020: 30 Mrd. € (Prognose). • Gesetzliche Rentenversicherung: COVID-19-bedingter Einnahmerückgang 2020: 8 Mrd. € (Prognose). • Deutsche Bahn: COVID-19-bedingter wirtschaftlicher Schaden: 11 Mrd. €. • Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) erwartet keine große Krise von Banken oder Versicherungen wegen COVID-19. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. ca. 1.250 Mrd. €: • Schutzschild der Bundesregierung i.H.v. 353,3 Mrd. € und Bundesgarantien i.H.v. 819,7 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse zu Betriebskosten für kleine Unternehmen i.H.v. bis zu 50 Mrd. €. • Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Liquiditätsversorgung und Rekapitalisierung i.H.v. 100 Mrd. € für Kapitalmaßnahmen, 400 Mrd. € für Bürgschaften und 100 Mrd. € zur Refinanzierung von KfW-Programmen. • KfW: Sonderprogramme mit gelockerten Kreditkonditionen, Ausweitung der Bürgschaftsprogramme zur Liquiditätsversorgung, Programm für Schnellkredite an kleine Unternehmen. • Anpassung der Steuervorauszahlungen, Stundung von Steuerzahlungen und Aussetzung von steuerlichen Vollstreckungsmaßnahmen. Unternehmen dürfen bei absehbaren Verlusten in 2020 bereits jetzt Verlustrückträge geltend machen, um zügig Erstattungen von 2019 geleisteten Steuervorauszahlungen zu erhalten (Grenze: 15% der Steuervorauszahlungen oder 1 Mio. € pro Person, Kosten rd. 4 Mrd. €). • Erleichterter Zugang zu Kurzarbeitergeld. Erhöhung des Kurzarbeitergelds gestaffelt auf bis zu 87% des Lohnausfalls (Kosten rd. 1 Mrd. €). • Arbeitslosengeld II: vorübergehender Entfall der Vermögensprüfung. Verlängerung des Bezugszeitraums um drei Monate. • Entschädigung bei Verdienstausschluss wegen Kinderbetreuung. • Staatliche Garantien für Kreditversicherungen im Handel i.H.v. 30 Mrd. €. 		


	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von Krankenhäusern, die aufgrund COVID-19 höhere Kosten oder Einnahmeausfälle haben i.H.v. 2,8 Mrd. €. • Kreuzfahrtreedereien können die Tilgung von Exportkrediten für ein Jahr aussetzen. • Unterstützung der Bundesländer und Krankenkassen beim Kauf von medizinischer Ausrüstung i.H.v. 7,9 Mrd. €. • Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für Speisen in Gaststätten auf 7% (Kosten rd. 5 Mrd. €). • Zusätzlich: fiskalische Maßnahmen der Bundesländer. • Gehaltsbonus von bis zu 1.500 € für Pflegekräfte. • Zuschüsse der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld werden für die Monate März bis Dezember von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Miete für die Monate April bis Juni kann gestundet werden, wenn Mieter COVID-19-bedingt weniger Einkommen haben. • Keine Strom- oder Wassersperren bei Zahlungsverzug. • Stundung von Verbraucherdarlehen. • Regeln für Saisonarbeiter gelockert. • Unternehmen sollen, wo immer möglich, Heimarbeit einrichten. • Verbindliche Corona-Arbeitsschutzregeln. • Absenkung der Anteilsschwelle, ab der die Bundesregierung Beteiligungen von Investoren aus Nicht-EU-Staaten prüfen kann, von 25% auf 10% bei Unternehmen, die Impfstoffe, Medikamente, medizinische Schutzausrüstung und andere Medizingüter zur Behandlung hochansteckender Krankheiten herstellen oder entwickeln.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesfinanzminister Olaf Scholz will mit einem für Juni angekündigten Konjunkturprogramm insbesondere Kunst und Kultur, Hotels und Gaststätten sowie Kommunen unterstützen. • Bundesfinanzminister Olaf Scholz will Steuern für untere und mittlere Einkommen senken und für sehr hohe Einkommen erhöhen. • Es wird vermehrt gefordert, die Verlustverrechnungsmöglichkeiten für Unternehmen zu erweitern.

FRANKREICH Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Victor Warhem	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Tägliche COVID-19-Todesfälle: weiterhin leicht sinkend gegenüber Vorwoche. • Krankenhausaufnahmen seit dem 14. April rückläufig. • Intensivbetten-Auslastung seit 1. April rückläufig. • Die Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?) steigt von 0,5 auf 0,6 am 11. Mai. 	
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Ab dem 11. Mai: Erste schrittweise Lockerungen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum (max. 10 Personen); maximale Entfernung von 100 Km zum üblichen Wohnort außer für dringende familiäre oder berufliche Zwecke. • Wiedereröffnung von kleinen Kulturzentren und Bibliotheken. • Schrittweise Wiedereröffnung der Kindergärten und Schulen: Maximal 15 Schüler pro Klassenraum, teilweise Maskenpflicht. • Wiedereröffnung von Einzelhandelsgeschäften und Märkten: nach Genehmigung der zuständigen Behörde. • Wiedereröffnung von Einkaufsflächen über 40.000 qm: nach Genehmigung der zuständigen Behörde. • Züge: max. 50% der Kapazität. • Alle Lockerungen vorerst bis 2. Juni. Anschließend voraussichtlich bis Sommerende, sofern keine Erhöhung der Reproduktionszahl über 1 bis Ende Mai. • Kinos, Theater und Konzertsälen bis mindestens 2. Juni geschlossen. • Gastgewerbe bleibt im Mai geschlossen. • Großveranstaltungen (ab 5.000 Personen) bis September verboten. • Vorschriften für Unternehmen ab dem 11. Mai: (1) Home Office bevorzugt, (2) mindestens 4 qm pro Beschäftigtem, (3) Verkehrsregelungen für Personen innerhalb der Unternehmensgebäude, für Ankünfte und Ausfahrten, (4) Testen der Beschäftigten vor der Rückkehr ins Unternehmen wegen mangelnder Testkapazitäten verboten, (5) keine Maskenpflicht. • Der am 24. März 2020 in Kraft getretene Notstand, der der Regierung Sonderbefugnisse zur Bekämpfung der Corona-Krise einräumt, wurde bis mindestens 10. Juli verlängert. 	
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Im 1. Quartal: Abbau von 163.000 regulären Arbeitsplätzen und 292.000 Zeitarbeitsplätzen. • Für 12,2 Mio. Beschäftigte (60% des privaten Sektors) Kurzarbeit beantragt. • Nur 41% der Beschäftigten, für die im März 2020 Kurzarbeit beantragt wurde, befinden sich tatsächlich in Kurzarbeit. • Prognose Banque de France: Produktionskapazitäten werden im Mai zu 83% genutzt (April: 73%). • BIP im März 2020: -32% im Vergleich zum März 2019; BIP im April 2020: -27% im Vergleich zum April 2019; BIP-Prognose für Mai 2020: - 15% im Vergleich zum Mai 2019. • Eurostat: Industrieproduktion im März 2020: -17% im Vergleich zum März 2019. 	
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)	
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 425 Mrd. € ; <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie (315 Mrd. €; +15 Mrd. €) für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen (bis 25% des Jahresumsatzes) über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Ursprünglich bis 31.12.2020, um 1 Jahr verlängert bis Ende 2021. • Stand 30. April: 46 Mrd. € bereits genehmigt (22 Mrd. zum 16.4.) an 251.000 Unternehmen (150.000 am 16.4.); Derzeitige Nachfrage: 77 Mrd. € (409 000 Anträge). • Hilfspaket der Regierung (110 Mrd. €) – weitere Verwendung des Hilfspakets i.H.v. 42 Mrd. € (1,9 % des BIP) für Kurzarbeitergeld, Solidaritätsfonds, Gesundheitsausgaben <ul style="list-style-type: none"> • Stundung der Steuern und Sozialabgaben um 3 Monate. • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Stundung von Mehrwertsteuervorauszahlungen, Körperschaft- und Einkommensteuer (2 Monate) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) – Stundung für Mehrwert- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli verlängert.


	<ul style="list-style-type: none"> • Solidaritätsfonds für kleine und sehr kleine Unternehmen (TPE) in besonders betroffenen Sektoren (Staatlicher Zuschuss i.H.v. 1.500€ – insgesamt 7 Mrd. €; weitere Hilfen der Regionalbehörden (Régions) bis 5.000€ für Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten in „extrem großen Schwierigkeiten“. • Sonstige Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von einkommensschwachen Familien (1 Mrd. €). • Prämien-Paket i.H.v. 300 Mio. € für nicht freigestellte Beamte. • NEU: Die Sozialpartner können nach Ende des Notstands (derzeit 11. Juli) die Bestimmungen für befristete Verträge und Zeitarbeitsverträge ändern und bis zum 23. Januar 2021 auf Unternehmensebene von Branchenvereinbarungen abweichen. Ziel ist unter anderem die Verlängerung befristeter Verträge. • NEU: Der staatliche Fonds “Caisse des Dépôts et Consignation“ wird ein Investitionsprogramm für die Tourismusbranche i.H.v. 1,6 Mrd. € finanzieren.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Annullierung der Sozialabgaben für die „am meisten betroffenen Sektoren“ – insb. die Tourismus-Branche – i.H.v. 750 Mio. €.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Der französische Industrieverband MEDEF fordert, gemeinsam mit dem italienischen Confindustria und dem deutschen BDI, ein Konjunkturprogramm auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene i.H.v. jährlich 5 % des nationalen BIP bis mindestens 2023. • Kurzarbeit: Staatliche Übernahme der Lohnfortzahlung ab Juni wahrscheinlich nur noch 90% statt 100%.

ITALIEN		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Andrea de Petris und Stefano Milia	
Lagebericht Gesundheit 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 41 Tage. Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?) sinkt auf 0,7% (gegenüber 0,8 % in der Vorwoche). • Todesfälle gegenüber Vorwoche: -4,75 %. • Krankenhausaufnahmen und Anteil der Intensivpatienten nehmen weiter ab. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Besuche von Familienmitgliedern, die in der gleichen Region wohnen, mit Selbstbescheinigung zulässig. Ab dem 18. Mai: Selbstbescheinigungspflicht entfällt; Besuche auch von Freunden zulässig. • Seit 4. Mai wieder zulässig: verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Großhandel, Catering mit Take-away. Training für Individualsport, Beerdigungen mit maximal 15 Personen. Öffentliche Parks geöffnet, Zugang beschränkt. Bewegungen außerhalb der Region nur für die Rückkehr zum Wohnort, zur Arbeit oder aus gesundheitlichen Gründen. • Ab 18. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Wiedereröffnung von Einzelhandel, Museen und Ausstellungen, Bibliotheken, Training für Mannschaftssportarten. • Wiedereröffnung von Gastronomie und Frisören in einigen Regionen, falls Ansteckungsgefahr weiter zurückgeht. • Ab 1. Juni: generelle Wiedereröffnung von Bars, Restaurants, Friseuren, Schönheitszentren. • Schulen und Universitäten bleiben geschlossen (seit 4.3.). 			
Wirtschaftliche Lage 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Eurostat: Industrieproduktion im März 2020: -29,3% im Vergleich zu März 2019. • Banca d'Italia rechnet mit einem BIP-Verlust von ca. 9 Mrd. € für jede Woche des Lockdowns. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<p>Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 805 Mrd. €</p> <ul style="list-style-type: none"> • Paket „Cura Italia“ (ca.25 Mrd. € Ausgaben und ca. 325 Mrd. € Garantien) • Paket „Decreto Liquidità“ (ca. 400 Mrd. €, vom 6. April) • NEU: Paket „Decreto Rilancio“ vom 13. Mai i.H.v. 55 Mrd. €, von der Regierung beschlossen am 13. Mai, muss bis Mitte Juli vom Parlament bestätigt werden) <ul style="list-style-type: none"> • Keine Abschlagszahlungen im Juni auf die regionale Wertschöpfungssteuer (IRAP) für alle Unternehmen bis zu 250 Mio. Umsatz (4 Mrd. € für 2 Mio. Unternehmen); • Steuerstundung bis September für die im März, April und Mai fälligen Beiträge für Quellensteuer und Mehrwertsteuer von ausgewählten Unternehmen; • Streichung der im Juni fälligen Immobilien-Gemeindesteuer für Hotels und Badeanstalten (163,5 Mio.); • Für 22 Millionen Steuerpflichtige: Pflicht zur Zahlung erst im September. Für 8,5 Millionen Steuerpflichtige 2020 keine Veranlagungen; • Zuschüsse für Unternehmen für Umsatzverluste im April 2020 (ggü. April 2019) in % der Umsatzverluste: 20% bei Umsatz bis 400.000 €, 15% bei Umsatz zwischen 400.000 und 1 Mio. €, 10% bei Umsatz über 1 Mio.€; • Zuschuss für etwa 3,7 Mio. KMU etwa für Stromrechnungen für drei Monate (Wert: 600 Mio.). • „Superbonus“ von 110% auf Investitionen zur Senkung des Energieverbrauchs (Solaranlagen, Gebäudeisolierung) und Erdbebenschutzarbeiten zur Förderung der Bautätigkeit; • Kurzarbeit möglich: Bis zu vierzehn Wochen vom 23.2.2020 bis 31.8.2020. Vier zusätzliche Wochen vom 1.9. bis 31.10.2020. • Zuschüsse für Selbstständige mit mindestens 33% Einkommensrückgang im März und April (ggü. März/April 2019) und für Zeitarbeiter, die ihre Beschäftigung verloren haben: April 600 €, Mai 1.000 €. • 12 Mrd. € für die Begleichung von Schulden der regionalen und lokalen Behörden sowie der Gesundheitsbehörden, die Ende 2019 fällig wurden; • Staatliche Beihilfen für Unternehmen (bis zu 16 Mrd. €). • 1,4 Mrd. € für Universitäten: Einstellung von 4.000 wissenschaftlichen Mitarbeitern; 		


	<ul style="list-style-type: none"> • 1,5 Mrd. € für die Renovierung von Schuleinrichtungen und Entfristung der Arbeitsverträge von 16.000 Lehrkräften; • Zuschüsse für Familien. Notstandseinkommen (REM) für etwa 1 Mio. Familien (etwa 2,5 Mio. Menschen) im Wert von 400 bis 800 € je nach Haushalt für April und Mai 2020. • Zuschüsse für Hausangestellte. Im April und Mai jeweils 500 € für Hausangestellte mit Arbeitsverträgen von mind. 10 Stunden pro Woche; • Elternurlaub. Bis zu 30 Tage für im Privatsektor Beschäftigte mit Kindern bis 12 Jahren. Arbeitnehmer erhält Elterngeld von 50 % des Gehalts; • Bonus für einkommensschwache Familien für Inlandsurlaub: Bis zu 500 € pro Familie, 80% als Rabatt und 20% als Steuerabzug;
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug • Gutscheinregelung bei Reisetornierung • Keine Verpflichtung zur Eröffnung von Insolvenzverfahren bis zum 30.6.2020 • Fristverlängerungen bei allen Zivil- und Strafverfahren bis 11. Mai • NEU: In der Landwirtschaft, als Haushaltshilfe oder Betreuer tätige Ausländer, deren Aufenthaltserlaubnis zwischen dem 31. Oktober 2019 und dem 31. Januar 2020 abgelaufen ist, können eine Aufenthaltserlaubnis für 6 Monate beantragen.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Sport- und Fitnesscenter wahrscheinlich ab dem 25. Mai, Schwimmbäder weiter geschlossen. • Öffentliche Verwaltungen und privaten Dienstleistungsunternehmen: Abstandsregeln und ähnliche Maßnahmen unterscheiden sich sehr stark. • Der italienische Industrieverband Confindustria fordert, gemeinsam mit dem französischen MEDEF und dem deutschen BDI, ein Konjunkturprogramm auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene i.H.v. jährlich 5 % des nationalen BIP bis mindestens 2023.

NIEDERLANDE		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt 4. Woche in Folge, gegenüber Vorwoche um 32%. • Krankenhausneuaufnahmen sinken 5. Woche in Folge; gegenüber Vorwoche um 34%. • Anzahl Todesfälle sinkt 5. Woche in Folge, nun um 35% gegenüber Vorwoche. • Die zuvor hohe Auslastung der Intensivbetten fällt stetig, liegt nun bei 24% (Vorwoche 32%). 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weitgehende Einschränkungen bis 20. Mai. Restaurants sind geschlossen. Geschäfte dürfen öffnen, wenn der Sicherheitsabstand von 1,5 m eingehalten wird. Aufruf (keine Verpflichtung) zu Homeoffice. • Seit 11. Mai: Wegen geringer Gesundheitsgefährdung kleiner Kinder: Kindergärten und Grundschulen wieder geöffnet, allerdings immer nur für die Hälfte der Schüler. Weiterführende Schulen bis mindestens 1. Juni geschlossen. Gruppensport für Minderjährige wieder erlaubt, dabei keine Abstandspflicht für Kinder unter 12 Jahren. Sport im Freien (mit Abstand) und Kontaktberufe wie Frisöre wieder erlaubt. • Ab 1. Juni: Öffentlicher Nah- und Fernverkehr wieder im Normalbetrieb, Maskenpflicht. Weiterführende Schulen wieder geöffnet. Gastronomie, Konzertsäle, Theater, Kinos und Museen: geöffnet, aber max. 30 Personen gleichzeitig und Mindestabstand. • Ab 1. Juli: Ferienanlagen und Campingplätze geöffnet. Gastronomie, Konzertsäle, Theater, Kinos und Museen: max. 100 Personen und Mindestabstand. • Ab 1. September: Alle Sportarten erlaubt, Fußballspiele ohne Publikum. • Offen: Großveranstaltungen. • Alle Lockerungen unter Vorbehalt. Kriterien für eine erneute Verschärfung der Beschränkungen liegen noch nicht fest. 			
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Bank ABN-Amro: Verlust im 1. Quartal 395 Mio. €. Erster Verlust seit 6 Jahren. • April: 24% weniger Zeitarbeit. • April: stärkster Anstieg der Unternehmensinsolvenzen seit 2016. • Konsumentenvertrauen sinkt weiter. Erwartungen für das kommende Jahr erreichen einen neuen historischen Tiefstand: -76 Punkte (vor zwei Wochen: -69 Punkte). • Umfrage Anfang April: 15% der Unternehmen erwarten Insolvenz bei Krise bis Ende Mai, 31% bei Krise bis September. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 20 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Liquiditätshilfe für Unternehmen, etwa Übernahme Lohnkosten, Einkommensersatz für Selbständige (ca. 10 Mrd. €). NEU: Bisher 2 Mrd. € ausgezahlt. Erwartet wird: 7 Mrd. €. • Stundung von Steuerzahlungen und Sozialabgaben für Unternehmen und Haushalte • Kurzarbeitergeld (100% des Bruttolohns). • Verdopplung der Laufzeiten für staatliche Kredite an KMU auf vier Jahre, • 10 Mio. € zusätzliches Risikokapital für Start-up-Unternehmen. • Zusätzlich: Staatsgarantien für Bankenkredite (9,6 Mrd. €) und Lieferantenkredite (12 Mrd. €). • Mehrwertsteuerfreistellung für medizinische Leiharbeit und medizinische Hilfsmittel. • Tochterunternehmen, die bisher trotz starker Umsatzrückgänge keine Lohnsubventionen bekommen, weil der Gesamtumsatzrückgang des Mutterunternehmens zu gering ist, können sie bekommen, sofern sie 2020 keine Boni und Dividenden zahlen. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Gutscheinregelung bei Reisestornierung. • Mieter können ohne Zustimmung des Vermieters befristete Mietverträge für Wohnungen, die zwischen 1. April und 1. Juli enden, einmalig um drei Monate verlängern. • NEU: Mehrwertsteuerbefreiung für Masken. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Regierung arbeitet an 2. Unterstützungspaket für Unternehmen, für drei Monate ab Juni. Bedingungen für die Hilfe: Fortbildungen, Verzicht auf Boni und Dividenden. • Nach Intervention der EU-Kommission: Klarstellung der Regierung, dass Fluggesellschaft KLM stornierte Flüge erstatten muss. Regierung hatte Gutscheine favorisiert. 		


	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion über Hilfen für entlassene Zeitarbeiter i.H.v. 600 € / Monat.• Kontroverse über Plan der Regierung, Unternehmen, die Arbeitnehmer entlassen, nun doch nicht zur teilweisen Rückzahlung von Corona-Hilfe zu verpflichten.• Diskussion: Unternehmen, die im Januar Boni für 2019 auszahlten, müssen diese auf Corona-Hilfen anrechnen.
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

ÖSTERREICH		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Lukas Harta	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Krankenstand sinkt trotz bisheriger Öffnungsmaßnahmen weiterhin. • Anzahl der COVID-19-Neuinfektionen nimmt gegenüber Vorwoche um 24% ab. Im Zeitraum 24. April – 6. Mai: Reproduktionszahl 0,81; Anzahl der Neuinfektionen sinkt täglich um 6,8%. • Gesamtzahl der COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern nimmt gegenüber Vorwoche um 5% ab. • Anzahl der COVID-19-Todesfälle nimmt gegenüber Vorwoche um 13% ab. • Zahl der Patienten, die Intensivbehandlung benötigen, sinkt; nur noch 59 Personen in ganz Österreich. • Studie der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit: <ul style="list-style-type: none"> • 25 % der bestätigten COVID-19-Infektionen auf insgesamt 169 Cluster zurückführbar. • 35,5% der nachverfolgbaren Ansteckungen in Senioren- oder Pflegeheimen. Keine Infektionen in Schulen, Geschäften oder öffentlichen Verkehrsmitteln nachgewiesen. • In Wien bislang keine Übersterblichkeit feststellbar. • Keine signifikante Übersterblichkeit in Senioren- und Pflegeeinrichtungen im ersten Quartal 2020. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Am Arbeitsplatz Sicherheitsabstand von 1m oder Schutzausrüstung (z.B. Schutzmasken). Homeoffice empfohlen. Für Risikogruppen, insbesondere Personen mit schweren Vorerkrankungen (z.B. an Lunge, Herz, Niere oder Leber): Anspruch auf Homeoffice, angepasste Arbeitsbedingungen oder Freistellung. • In allen Geschäftsräumen, öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Orten in geschlossenen Räumen (z.B. Bahnhofshallen) Maskenpflicht. • Seit 1. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen. In der Öffentlichkeit Sicherheitsabstand von 1m zu Personen, die nicht im eigenen Haushalt leben. • Öffnung aller Geschäfte, Einkaufszentren und Dienstleister (pro Kunde müssen 10m² zur Verfügung stehen, Frisöre müssen Gesichtsmaske oder Visier tragen). • Versammlungen bis 10 Personen zulässig, größere Versammlungen können behördlich eingeschränkt werden, z.B. durch Abstandsregeln oder beschränkte Teilnehmerzahl. • Seit 4. Mai: Schrittweise Öffnung der Schulen (zunächst Abiturklassen, im Schichtbetrieb). • Ab 15. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Gottesdienste: Maskenpflicht, Abstand von 2m, pro Person 10m². • Gastronomie: bis 23h; Masken- oder Visierpflicht für Personal; max. 4 Erwachsene pro Tisch; Mindestabstand von 1m zwischen Tischen. • Öffnung von Museen, Bibliotheken, Büchereien und Archiven: Maskenpflicht, pro Person 10m², 1m Abstand. • Ab 18. Mai: Öffnung Grundschulen und Sekundarstufe I. Unterricht im Schichtbetrieb. • Ab 29. Mai: Öffnung Hotels und Schwimmbäder. • Ab 3 Juni: Sekundarstufe II. Unterricht im Schichtbetrieb. • Ab 2. Juni: Fortsetzung der Fußball-Bundesliga ohne Zuschauer. • Ab 15. Juni: Vollständige Öffnung der Grenzen zu Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein. 			
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Ca. 1,3 Mio. Personen in Kurzarbeit, 108.545 Anträge gestellt (Stand 11. Mai). • Arbeitslosigkeit (inklusive Schulungsteilnehmer) Stand 11. Mai: 549.662 Personen (Rückgang um 6,5% gegenüber Arbeitslosigkeitshöchststand Mitte April). • Studie der Arbeiterkammer unter Betriebsräten: 60% der Betriebe haben Nachfragerückgang, 41% Probleme mit der Zulieferkette, 16% Liquiditätsprobleme. 66% erwarten, dass die Krise über drei Monate hinaus anhalten wird, 25% erwarten Umsatzeinbußen für mehr als sechs Monate. • Prognose: CO₂-Emissionen im Gesamtjahr 2020: -7,1%. • Untersuchung der Universität Wien: 53% der Solo-Selbständigen und 49% der Kleinstunternehmer beurteilen die Staatshilfen als „nicht genügend“. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm des Bundes i.H.v. 49 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie für Notbetriebmittelkredite bis maximal drei Monatsumsätze oder 120 Mio. €; Garantie von 100% bis 500.000 €, darüber 90% • Garantien und Zuschüsse zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von Unternehmen 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse für Unternehmen, die während der Corona-Krise Umsatzverluste von zumindest 40% erlitten haben, i.H.v. bis zu 75% der Fixkosten. NEU: Möglichkeit der Vorauszahlung des Fixkostenzuschusses. • Erleichterungen bei Kurzarbeit: beschleunigte Antragstellung, Möglichkeit arbeitsfreier Zeiten während des Kurzarbeitszeitraums, größere Kostenübernahme durch das Arbeitsmarktservice. Anhebung der Mittel für Kurzarbeit von ursprünglich 400 Mio. (zuletzt 5 Mrd.) auf 10 Mrd. €. • Herabsetzung von Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen bis auf Null. • Staatliche Bürgschaft für Kredite für Exportbetriebe. • Einrichtung eines Familienhärtefonds für in Österreich lebende Familien, die am 28. Februar für mindestens ein Kind Familienbeihilfe bezogen. Verdopplung des Fondsvolumens von 30 Mio. auf 60 Mio. €. • Masken werden von der Mehrwertsteuer befreit. • NEU: Hilfsfonds für Start-ups i.H.v. 50 Mio €. Fonds stockt private Eigenkapitalinvestitionen in Start-ups, die seit Ausbruch der Corona-Krise getätigt wurden um den gleichen Betrag auf.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug, Aufschiebung von Räumungen. • Stundung von Verbraucherkrediten bei COVID-19-bedingten Einkommensausfällen. • Gerichtsverhandlungen dürfen per Videokonferenz stattfinden. • Veranstalter von abgesagten Kunst-, Kultur- und Sportereignissen können die Rückerstattung bereits bezahlter Entgelte mittels Gutscheine vornehmen. • NEU: Gastronomiegutscheine für alle Haushalte in Wien (25€ für Einpersonenhaushalte, 50€ für Mehrpersonenhaushalte).
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Angekündigt: Gastronomie-Hilfspaket i.H.v. 500 Mio. € (u.a. Halbierung der Umsatzsteuer auf alkoholfreie Getränke, Abschaffung der Schaumweinsteuer, höhere Absatzbarkeit von Geschäftsessen, höhere Steuerbefreiung von Essensgutscheinen). • Angekündigt: Hilfsfonds für NGOs und gemeinnützige Vereine (700 Mio. €) • Sonderzüge von Rumänien nach Wien für rumänische Pflegekräfte in der Altenbetreuung. • Wiederaufnahme von Besuchen in Justizanstalten. • Sämtliche Flüge von Austrian Airlines bis mindestens 31. Mai gestrichen. • Ischgl „coronafrei“.


RUMÄNIEN		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Lavinia Petrache	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Neuinfektionen hat ein Plateau erreicht. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt, Abnahme im Wochenvergleich um 23%. • Zahl der Patienten, die Intensivbehandlung brauchen, bleibt konstant. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Bis 14. Mai: Weitgehende Einschränkungen. Wohnung darf nur für Arbeit, Einkäufe, Arztbesuche, Sport oder Landwirtschaft verlassen werden. Schulen, alle Restaurants sowie die meisten Geschäfte in Einkaufszentren sind geschlossen. • Ab 15. Mai: Schrittweise Lockerung der Ausgangsbeschränkungen abhängig von der gesundheitlichen Lage und der regionalen Betroffenheit. Als erste Schritte sind geplant: (1) Innerhalb der Stadtgebiete Wegfall der Pflicht zum Mitführen der Erklärung über Ausgangszweck. (2) Maskenpflicht in Geschäften, im öffentlichen Nahverkehr und am Arbeitsplatz. Das Brillentragen wird im öffentlichen Nahverkehr empfohlen. (3) Wiedereröffnung von Zahnarztpraxen, Frisören, Schönheitszentren, Reinigungsgeschäften und Museen. In Einkaufszentren unter 15.000 qm dürfen alle Geschäfte öffnen. In größeren Einkaufszentren: nur Geschäfte mit direktem Eingang und Ausgang ins Freie und alle Elektrogeschäfte, die Lieferung nach Hause gewährleisten. • Ab 2. Juni: Prüfungsvorbereitung für die Abschlussklassen, Abschlussprüfungen für Mitte Juni geplant. Allerdings: Keine Wiederaufnahme des Unterrichts in diesem Schul- und Universitätsjahr; nur Onlineunterricht. Kindertagesstätten bleiben bis September geschlossen. 			
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Prognose Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für 2020: BIP -4%. • Prognose der UniCredit Bank für 2020: BIP: -9%; öffentliches Defizit: 6 bis 8%, abhängig von geplanten Rentenerhöhungen; Arbeitslosigkeit: 9%. • Premierminister Ludovic Orban erwartet im Juni 650.000 bis 700.000 Arbeitslose. • 27,46% weniger PKW-Neuzulassungen im Vergleich zum ersten Quartal 2019. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 6 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Davon 810 Mio. € aus EU-Fonds und 1 Mrd. € der Internationalen Bank für Wiederaufbau. • Hilfe für KMU <ul style="list-style-type: none"> • staatlich garantierte Kredite für Investitionen oder Beschaffung von Betriebsmitteln • Staat übernimmt Kreditzinsen (161 Mio. €) • Stundung von Steuerschulden • Aufschub der Zahlungen für Strom, Gas, Wasser, Telefon, Internet und Miete. • 75% Lohnfortzahlung bei betriebsbedingter Arbeitslosigkeit. • Bezahlte Arbeitsfreistellung für Eltern während Schulschließung. • Zuschüsse für Arbeitgeber, wenn sie Arbeitssuchende einstellen. • Selbständige, Freiberufler und Mitglieder von Genossenschaften dürfen betriebsbedingte Arbeitslosigkeit anmelden. • Für Eltern von chronisch kranken Kindern und von adoptierten Kindern: Weiterzahlung bestimmter Leistungen während des Notstands, auch wenn Anspruch nicht länger besteht. • Lohnfortzahlung für Pflegepersonal, das unter Quarantäne gestellt wurde. • NEU: Staat verzichtet bis 15. Dezember 2020 auf Zinsen und Verzugszinsen bei Steuerzahlungen. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • 6-monatiges Exportverbot (auch in anderen EU-Staaten) für medizinische Geräte, Sanitärartikel und Medikamente zur Behandlung von COVID-19. Ausnahme für Handelsverträge. • Exportverbot für Getreide in Nicht-EU-Staaten wurde aufgehoben. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Notstand gilt nur bis zum 14. Mai und wird nicht darüber hinaus verlängert. Situation zwischen 15. und 17. Mai unklar. • Ab 18. Mai Alarmzustand. Verfassungsgericht: Grundrechtseinschränkungen nur auf Grundlage eines Gesetzes oder einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung. 		


	<ul style="list-style-type: none">• Verkehrsministerium genehmigt Zugreisen für Saisonarbeitskräfte und Pflegekräfte in der Altenbetreuung (insbesondere nach Österreich).• Aus dem Reserve-Fonds werden Laptops/Tablets für Schüler aus benachteiligten Familien (für etwa 250.000 Schüler, Bedarf laut einer Umfrage 900.000), sowie Gesichtsmasken für sozial bedürftige Menschen gekauft.
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

SCHWEIZ		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Philipp Eckhardt	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle: -50% gegenüber Vorwoche. Im Durchschnitt: 53 Fälle pro Tag. • Anzahl neuer COVID-19-Todesfälle: -24% gegenüber Vorwoche. Im Durchschnitt 11 Tote pro Tag. • Krankenhausneuaufnahmen: -60% gegenüber Vorwoche. Im Durchschnitt 3 Aufnahmen pro Tag. • Die Auslastung der Intensivbetten durch COVID-19-Patienten fällt stetig; liegt nun bei 7% (Vorwoche 12%). • In der Woche vom 27. April bis 3. Mai erstmals seit sechs Wochen keine Übersterblichkeit mehr bei den > 65-Jährigen. • Seit 11. Mai: Wiederaufnahme der flächendeckenden Rückverfolgung von Neuinfektionen. • Kauf von coronabedingten Gesundheitsgütern hat das Gesundheitssystem bisher 264 Mio. CHF gekostet. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin gilt: Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen. • Keine Pflicht zum Tragen einer Maske in der Öffentlichkeit und Geschäften. • Seit 27. April: Friseur, Gartencenter, Baumärkte, Physiotherapien u.a. können öffnen. • Seit 11. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) sind offen. • Einzelhandel, Restaurants Museen, Bibliotheken und Archive können öffnen. • Erste schrittweise Lockerung von Einreisebeschränkungen; Öffnung von 15 bisher geschlossenen Grenzübergängen nach Frankreich für den Verkehr. • Breitensport in Kleingruppen mit max. fünf Personen wieder erlaubt; Leistungssport: auch Training mit über fünf Personen wieder erlaubt. • ÖPNV fährt wieder nach regulärem Fahrplan. • Angepasste Verhaltensempfehlungen für > 65-Jährige: Aufnahme des üblichen Tagesablaufs, aber meiden von ÖPNV zu Stoßzeiten und Einkaufszentren. • Alters- und Pflegeheime können, wenn die lokale Situation dies erlaubt, Besuche wieder erlauben. • Ab 16. Mai: Lockerung der Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Österreich (Details noch offen). • Voraussichtliche Lockerungen ab 8. Juni (Entscheidung am 27. Mai): <ul style="list-style-type: none"> • Treffen von mehr als fünf Personen in der Öffentlichkeit wieder erlaubt. • Öffnung von Mittel-, Berufs- und Hochschulen, kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bergbahnen und Gottesdiensten. • Spielbetrieb in den Profiligen ohne Zuschauer möglich. • Ab 15. Juni: vss. komplette Grenzöffnung zu Deutschland, Österreich und Frankreich; noch offen: komplette Grenzöffnung zu Italien. • Bis Ende August: Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen verboten; Entscheidung über Erlaubnis von „kleineren“ Veranstaltungen am 27. Mai. 			
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • SECO: 1,93 Mio. Schweizer in 189.000 Unternehmen in Kurzarbeit. • SECO: Rückgang der Wirtschaftsleistung im April: 20–28% gegenüber Vormonat. • Economiesuisse: 74% der Branchen haben Absatzprobleme im Inland. 60% der exportorientierten Unternehmen haben Absatzschwierigkeiten im Ausland. 39% der Branchen erwarten weniger, 21% mehr Kurzarbeit in den nächsten zwei Monaten. • Swissmem: Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie im 1. Quartal 2020 gegenüber 1. Quartal 2019: Auftragseingänge: -2%, Umsätze: -5,7%, Exporte: -8,4%. • Credit Suisse: Konsum sinkt um 20% oder 12 Mrd. CHF während des Lockdowns; privater Konsum wird 2020 um 2,1% sinken. • Online-Handel boomt: Schweizer Post hat im April so viele Pakete (17,3 Mio.) befördert wie nie; 40% mehr als im Vorjahresmonat. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 60 Mrd. CHF: <ul style="list-style-type: none"> • Für Bankkredite bis zu 10% des Umsatzes oder maximal 20 Mio. CHF greift eine Staatsgarantie von 100% für Kredite bis 0,5 Mio. CHF; 85% Staatsgarantie für Kredite über 0,5 Mio. CHF (Garantieprogramm 40 Mrd. CHF). • Zahlungsaufschub für Sozialversicherungsbeiträge. 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Verzugszinsen bei Streckung von Zahlungen u.a. bei der Mehrwertsteuer, Zöllen und sonstigen Verbrauchssteuern. • Ausweitung der Kurzarbeit u.a. auf befristet oder temporär beschäftigte Personen, Personen in einem Lehrverhältnis, Leiharbeiter. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Selbständige: bei Schulschließungen, ärztlich verordneter Quarantäne, Schließung eines selbstständig geführten Betriebes; Selbständige, die ihren Betrieb am 27. April bzw. 11. Mai wieder öffnen dürfen, und deren Anspruch auf Entschädigungsleistung dann entfallen würde, können Leistungen dennoch noch bis 16. Mai erhalten. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Angestellte: bei Schulschließungen und ärztlich verordneter Quarantäne. Erwerbsersatz künftig auch für Eltern, die Kinder unter 21 Jahren „mit Beeinträchtigungen“ betreuen müssen. • 280 Mio. CHF Hilfen für Kulturbetriebe; befristet auf zwei Monate; NEU: Unterstützung wird bis 20. September verlängert. • NEU: 500 Mio. CHF Stabilisierungspaket für den Schweizer Sport. <ul style="list-style-type: none"> • Bis zu 350 Mio. CHF rückzahlbare Darlehen für die beiden höchsten Fußball- und Eishockeyligen (Auflage u.a. Lohnkürzungen) . • Bis zu 150 Mio. CHF Zuschuss für den Breitensport und den übrigen Leistungssport. • Rückzahlbare Darlehen für internationale Sportorganisationen werden geprüft (ausgenommen: FIFA, UEFA und IOK). • Zur Konkursvermeidung vorübergehend keine Pflicht zur Überschuldungsanzeige. Möglichkeit von befristeten Stundungen, insbesondere für KMU. • Ausweitung der Ansprüche auf Erwerbsersatz auf Selbstständige, die nur indirekt vom Corona-Lockdown betroffen sind, z. B. Taxifahrer. • Absenkung der Rundfunkgebühren pro Haushalt und Jahr von 365 auf 335 CHF, Öffentlicher Rundfunk erhält 50 Mio. CHF. • Hilfen für innovative Start-ups durch Bürgschaften; Bürgschaftsanträge können zwischen 7. Mai und 31. August eingereicht werden. • Sozialversicherungen verzichten bis 30. Juni auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen; Regel gilt rückwirkend ab dem 21. März. • Maßnahmen zur Optimierung des Warenverkehrs an der Grenze. • Ausbau der indirekten Presseförderung: u.a. können nun alle Tages- und Wochenzeitungen Ermäßigungen bei ihrer Zustellung durch die Post erhalten (bisher: nur Zeitungen < 40.000 Abonnenten). • Unterstützung von Online-Medien mit 30 Mio. CHF. • Stützung der Luftfahrt mit 1,875 Mrd. CHF: 1,275 Mrd. CHF Kreditgarantien für Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss (keine Staatsbeteiligung geplant), 600 Mio. CHF zur Unterstützung von Betrieben an den Landesflughäfen. • Schweiz sagt bei EU-Geberkonferenz zur COVID-19-Krise 400 Mio. CHF zu. • Kitas erhalten Unterstützung in Höhe von 65 Mio. CHF.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers, d.h. Aufhebung der Pflicht für Banken, in Krisenzeiten zusätzliche Eigenmittel bei Hypothekarkrediten vorzuhalten. • Kündigung bei Wohn- und Geschäftsmieten erst nach 90 statt 30 Tagen Mietrückstand. • Mehr Kompetenzen für den Bund bei der Versorgung mit medizinischen Gütern. • Aussetzung von Zöllen für medizinische Güter. • Regelung für Lehrabschlussprüfungen: Prüfungen der praktischen Arbeit finden statt, schulische Prüfungen nicht. • Gymnasien können dieses Jahr auf Abschlussprüfungen verzichten, dann gilt die „Erfahrungsnote“. • Die 15 000 kaufmännischen Lernenden müssen dieses Jahr keine praktischen Prüfungen machen; Erfahrungsnote zählt. • NEU: Verordnung für den Start einer Pilotphase für die Schweizer App zur Kontaktverfolgung.

NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none">• Nationalrat und Ständerat weiterhin uneins über Regelung zur Reduktion von Mieten für Ladengeschäfte.• Nationalrat will Nationalbankgewinne zum Schuldenabbau verwenden.
------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

SPANIEN		Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Martin Menner	
Lagebericht Gesundheit 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Peak an COVID-19-Patienten überschritten. • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 40 Tage, mit steigender Tendenz. • Mehr Krankenhausentlassungen als -aufnahmen wegen COVID-19; Auslastung der Intensivbetten sinkt. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Wohnung darf nur allein (!) für Arbeitszwecke, Einkäufe, Sport oder Arztbesuche verlassen werden, oder um Hunde auszuführen. Schulen, Restaurants, Freizeiteinrichtungen, Hotels sowie die meisten Geschäfte sind geschlossen. Geschäfte des täglichen Bedarfs und Apotheken geöffnet. • Der Alarmzustand, der Ausgangsbeschränkungen rechtlich legitimiert, wird zunächst bis 24. Mai verlängert. • Exitstrategie: „Plan für den Übergang zu einer neuen Normalität“ in vier Phasen (0 bis III). • Seit dem 1. Mai: Phase 0 in ganz Spanien: Familienspaziergänge und Individualsport in Zeitfenstern erlaubt. Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. Ladenlokale für individuellen Service mit Voranmeldung geöffnet: <ul style="list-style-type: none"> • Abholservice in Restaurants oder im Einzelhandel, wobei Schalter/Trennwände erforderlich sind; • Frisörbesuche, wobei die Beschäftigten das „maximale Maß an individuellem Schutz“ nutzen müssen. • Seit dem 4. Mai: Phase I (Anfangsphase) auf den Inseln Formentera, La Gomera, El Hierro und La Graciosa: <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Ladenlokalen, Terrassen und Museen, Kulturzentren – jeweils mit höchstens 30% Auslastung; • Öffnung von Hotels und anderen touristischen Übernachtungsmöglichkeiten – Gemeinschaftsbereiche müssen geschlossen bleiben; • Märkte unter freiem Himmel – bei Einhaltung „genügender Distanz“ zwischen den Ständen; • Gottesdienste – mit höchstens einem Drittel der maximalen Besucherzahl; • Kulturveranstaltungen – höchstens 30 Personen in geschlossenen Räumen, 200 im Freien. • Treffen von Freunden und Familienangehörigen mit maximal 10 Personen. • Seit dem 11. Mai: Phase I in allen Provinzen, die genügend Kapazität an Krankenhausbetten und Intensivbetten und einen günstigen Verlauf der Infektionszahlen vorweisen können. Das gilt für die Hälfte des Landes, aber beispielsweise nicht für Madrid, Barcelona, Malaga, Alicante und Granada. Besuch der Zweitwohnung in derselben Provinz gestattet. • Ab dem 25. Mai: Phase II (Zwischenphase) in allen Provinzen, die genügend Kapazität an Krankenhausbetten und Intensivbetten und einen günstigen Verlauf der Infektionszahlen vorweisen können: <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Einkaufszentren – ohne kommerzielle Nutzung der Gemeinschaftsbereiche. • Öffnung der Innenbereiche von Restaurants und Bars – höchstens ein Drittel der Kapazität. • Öffnung von Theatern und Konzertsälen – höchstens 30% der Kapazität. • Sonstige Kulturveranstaltungen – höchstens 50 Personen in geschlossenen Räumen, 400 im Freien. • Besuch von Denkmälern und Ausstellungen – höchstens ein Drittel der Kapazität. • Gottesdienste – höchstens die Hälfte der Kapazität; • Wiederaufnahme des Kindergarten- und Schulbetriebs für Kinder, deren beide Elternteile nicht zu Hause arbeiten, und für freiwillige Stützkurse zum Schuljahresschluss. 			
Wirtschaftliche Lage 8. – 14. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Eurostat: Industrieproduktion im März: -11,9% ggü. Februar und -12,6% ggü. März 2019. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 117 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Kredit-/Liquiditätshilfen durch Bürgschaften und Garantien (100 Mrd. €) • Sozialabgaben bei ERTE: 0% für Unternehmen bis 50 Beschäftigte, sonst 25% • Zuschuss für befristet Beschäftigte, Haushaltshilfen und Selbständige • Stundung von Sozialabgaben für Selbständige und von Steuerschulden für KMU • Stundung von Hypotheken und Konsumentenkrediten bis zu 3 Monaten. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Temporäres Verbot von betriebsbedingten Kündigungen. • Temporäres Verbot von Wohnungsräumungen und Stromabschaltungen. • Verbot feindlicher Übernahmen von außerhalb der EU. • Recht auf Arbeitszeitverkürzung (bis 100%) zur Betreuung von Angehörigen. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Tests ab sofort auch bei leichten Symptomen. • Zweite Mai-Hälfte: Kabinettsvorlage für Geldleistungen für Einkommensschwache. • Konjunkturprogramme erst für das Ende des Shutdown geplant. 		

VEREINIGTES KÖNIGREICH (UK) Stand: 14. Mai 2020 Recherche: Patrick Stockebrandt 	
Lagebericht Gesundheit 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer labor-bestätigter COVID-19-Fälle im Vergleich zur Vorwoche: -20% (Stand: 13. Mai). • Gesamtzahl der COVID-19-Patienten im Krankenhaus im Vergleich zur Vorwoche: -14% (Stand: 12. Mai). • Belegung der Intensivbetten mit COVID-19-Patienten im Vergleich zu Vorwoche: -19% auf derzeit 21% (Stand: 12. Mai) • Anzahl täglicher COVID-19-Todesfälle im Vergleich zur Vorwoche: -21% (Stand: 13. Mai). • Erstmals Einschätzung der Regierung anhand einer 5-stufigen Skala – sog. „COVID Alert Levels“: Level 4 – Bedeutung: COVID-19 ist eine Epidemie mit hohem Übertragungsrisiko. (Stand: 13. Mai). 	
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Am 11. Mai: Exit-Strategie „Our plan to rebuild“ veröffentlicht: <ul style="list-style-type: none"> • Wales, Schottland und Nordirland verfügen über weitreichende Befugnisse in der Gesundheits- und Verkehrspolitik und haben schon angekündigt, von der Exit-Strategie der Londoner Regierung abzuweichen. Keine Abweichungen bei Grenzkontrollen. • Alle Maßnahmen abhängig von 5-Punkte-Test: <ul style="list-style-type: none"> • (1) Ausreichende Kapazitäten für Intensivpflege und fachärztliche Behandlung im gesamten UK. • (2) Anhaltender und beständiger Rückgang der täglichen Todesfälle durch COVID-19. • (3) Rückgang der Infektionsrate auf ein beherrschbares Niveau. • (4) Tests und persönliche Schutzausrüstungen ausreichend vorhanden. • (5) Es droht keine zweite Infektionswelle, die das Gesundheitssystem (NHS) überfordern würde. • Phase 1: <ul style="list-style-type: none"> • Ab 13. Mai: Rückkehr an die Arbeitsstätte, wenn Home-Office nicht möglich; Mund-/Nasenschutz wird empfohlen, wenn Abstandsregeln nicht eingehalten werden können; Sport im Freien mit einer Person aus einem anderen Haushalt möglich; grundsätzlich Bewegungsfreiheit innerhalb Englands – Grenzübergang zu anderen Regionen unterliegt unterschiedlichen Voraussetzungen; im Allgemeinen: höhere Bußgelder bei Regelverstoß. • Bisher kein konkretes Datum: 14-tägige Quarantäne für internationale Einreisende mit bestimmten Ausnahmen, u.a. Frankreich. • Phase 2 (frühestens 1. Juni): <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung der Grundschulen und des Einzelhandels; keine Öffnung von Gastgewerbe und Gewerben der Körperpflege; Sport- und Kulturveranstaltungen unter bestimmten Voraussetzungen möglich. • Phase 3 (frühestens 4. Juli): <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung aller Gewerbe, auch Gastgewerbe, Körperpflege, Freizeiteinrichtungen (u.a. Kinos). 	
Wirtschaftliche Lage 8.–14. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Wöchentliche Umfrage der British Chambers of Commerce (Stand: 14. Mai): <ul style="list-style-type: none"> • Freistellung von Mitarbeitern („furlough“): in 71% der Unternehmen (Vorwoche: 74%). • 75% der Unternehmen können „social distancing“-Maßnahmen implementieren; 70% können Vorkehrungen für Fernarbeit treffen; 61% können Ankunftszeiten an der Arbeitsstelle staffeln. • Staatliche Übernahme von Lohnzahlungen („Job Retention Scheme“) i.H.v. von 10,1 Mrd. £ (Stand: 11. Mai). 	
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)	
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. 380 Mrd. £: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantien für Kredite größerer Unternehmen sowie für KMU (330 Mrd. £). • Verschiebung der Mehrwertsteuerzahlungen der Unternehmen auf Ende Juni (30 Mrd. £). • Für Unternehmen im Einzelhandel, Gastgewerbe und Freizeitsektor: <ul style="list-style-type: none"> • Erlass der Steuer auf für geschäftlich genutzte Immobilien („business rates“) für das Steuerjahr 2020/21. • direkte Zuwendung von bis zu 25.000 £ für Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Wert („rateable value“) von 15.000 – 51.000 £. • Für Kleinstbetriebe: Zuschuss bis zu 10.000 £. • Programm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen („Job Retention Scheme“) (ohne Limit): <ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzung: Freistellung von Arbeitnehmern, Arbeitsverhältnisse bleiben aber bestehen („furlough“). • Inhalt: Staatliche Übernahme von 80% des Lohns bis zu 2.500 £ / Monat.

	<ul style="list-style-type: none"> • Laufzeit: 1. März bis Ende Juni. NEU: Verlängerung bis 31. Oktober. Ab August: (1) auch für Teilzeitbeschäftigte („semi-furloughed“) (2) Kostenbeteiligung der Arbeitgeber (Form noch unklar; möglich: Senkung der staatlichen Lohnübernahmequote). • Online-Portal zur Beantragung und Abwicklung seit 20. April verfügbar. • Die Zentralbank stellt der Regierung seit 9. April unbegrenzt Mittel zu Verfügung. Das Finanzministerium sagt zu, alle Beträge noch vor Jahresende zurückzuzahlen. • Unterstützung der Kommunalverwaltungen (3,2 Mrd. £). Kommunalverwaltungsverband („The Local Government Association“) meldet wesentlichen Mehrbedarf an. • Zweiteiliges staatliches Hilfsprogramm „zum Schutz innovativer Unternehmen“ angekündigt (1 Mrd. £), bestehend aus: <ul style="list-style-type: none"> • „Future Fund“ (250 Mio. £): Darlehen i.H.v. 125.000 bis 5 Mio. £, vorbehaltlich einer gleich hohen Ko-Finanzierung durch private Investoren; Laufzeit: Mai bis September. • Zuschüsse & Darlehen durch „Innovate UK“ (750 Mio. £): gezielte Unterstützung für die FuE-intensivsten kleinen und mittleren Unternehmen. • 100% Staatsgarantie für Kredite von 2.000-50.000 £ für kleinste Unternehmen, im ersten Jahr tilgungs- und zinsfrei („Bounce Back Loan“) seit 4. Mai. • NEU: Programm zur Unterstützung für Selbständige („Self-Employment Income Support Scheme“) seit 13. Mai verfügbar. <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtiger Zuschuss von 80% des durchschnittlichen monatlichen Handelsgewinns („monthly trading profits“) der letzten 3 Steuerjahre, Einmalzahlung, maximal 7.500 £. • Voraussetzungen u.a.: mindestens 50% des Einkommens aus selbständiger Arbeit sowie jährlicher Handelsgewinn („annual trading profits“) unter 50.000 £.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Automatische Verlängerung um 1 Jahr von Visa ausländischer Ärzte, Krankenpfleger und Sanitäter, deren Visa vor dem 1. Oktober 2020 auslaufen. Gleiches soll auch für Hebammen und Sozialarbeiter gelten, die im Gesundheitssystem (NHS) angestellt sind.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen nach weiteren Ausnahmeregelungen für Automobil-, Luftfahrt-, Chemie-, Lebensmittel- und Pharmaindustrie von 14-tägiger Quarantäne für nicht-britische Einreisende. Grund: Viele „fly in, fly out“-Ingenieure nötig zur Wartung von Produktionslinien. Auch Regierung uneins. • Nicht-offizielles Papier der Regierung über Möglichkeiten zur mittelfristigen Finanzierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen; u.a.: (1) Erhöhung der Einkommen- und Mehrwertsteuer, (2) zweijähriges Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Sektor sowie (3) Einführung neuer Steuern.